

Europas Handlungsspielraum

Westphal, Kirsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Westphal, K. (2009). Europas Handlungsspielraum. *Ukraine-Analysen*, 50, 21-26. <https://doi.org/10.31205/UA.050.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Über die Autorin:

Margarita M. Balmaceda ist Dozentin an der John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations an der Seton Hall University in South Orange, New Jersey und assoziierte Mitarbeiterin des Harvard Ukrainian Research Institute an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts.

Lesetipps:

- Margarita M. Balmaceda, »Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union: Russia's Power, Oligarch's Profits and Ukraine's Missing Energy Policy«, 1995–2006 (London: Routledge, 2008).
- Margarita M. Balmaceda, »Corruption, Intermediary Companies, and Energy Security: Lessons of Lithuania for the Broader Central-East European Region«, in: Problems of Post-Communism, Vol. 55, Nr. 4, Juli/August 2008, S. 16–28.

Analyse

Europas Handlungsspielraum

Von Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Der russisch-ukrainische Gasstreit führte zu einem knapp zweiwöchigen Lieferstopp der Erdgaslieferungen von Russland durch die Ukraine nach Europa. Länder Südosteuropas waren fast komplett von Lieferausfällen betroffen. Die Folgen des vordergründig kommerziellen Streits sind ungeheuerlich und präzedenzlos. Beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU abgeschlossen haben, verstoßen. Im Laufe des Konflikts sah sich die EU gezwungen, sich zunehmend zu engagieren, und wenn nicht Partei zu ergreifen, so doch eine klare Position zu beziehen. Dieser Artikel lotet aus, wie weit der europäische Handlungsspielraum reicht und welche Mittel Europa nun nach Beendigung des akuten Streits zur Lösung der grundlegenden Konflikte und ihrer Ursachen zur Verfügung stehen. Der russisch-ukrainische Gasstreit ist letzten Endes struktureller Natur. Die EU muss die Probleme auf der wichtigsten Gastransitroute auf verschiedenen Ebenen adressieren: bilateral mit Russland und der Ukraine, in der EU und international im Rahmen multilateraler Kooperation. Es gibt nicht die eine Patentlösung, sondern die EU wird auf ein Bündel von Maßnahmen und Instrumenten der Energie, Außen- und Wirtschaftspolitik zurückgreifen müssen. Die Notwendigkeit einer Verregelung der Energiepolitik ist akuter denn je. Alle sonstigen Maßnahmen werden nur mittel- oder langfristig erfolgreich sein.

Ein beispielloser Lieferstopp

Auf den ersten Blick schien der Streit geschäftlicher Natur zu sein und den Konflikt von 2005/2006 zu wiederholen. Die Folgen des diesjährigen Gasstreits waren jedoch wesentlich dramatischer und haben EU-Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten der Energiegemeinschaft im Südosten Europas und auf dem Balkan von den Gaslieferungen aus Russland abgeschnitten. Industrielle Verbraucher waren einer strengen Rationierung ausgesetzt und Heizenergie für private Haushalte wurde gedrosselt. Selbst Russlands größte Gaskunden auf dem Kontinent – Deutschland, Frankreich und Italien – mussten mit Kürzungen fertig werden.

Der »Gas-Krieg« wurde auch von einem »PR-Krieg« begleitet, in dem beide Seiten versuchten, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, dass ihr jeweiliges Vorgehen gerechtfertigt sei. Seit dem Herbst war Gazprom vor allem im Rahmen des »Frühwarnmechanismus« des EU-Russland Energiedialogs durch die EU getourt und hatte auf die sich abzeichnenden Probleme mit den Ukrainern hingewiesen. Dabei hatte es 2008 sowohl im März als auch im Oktober bilaterale russisch-ukrainische Abkommen gegeben.

Der Streit zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy über alte Schulden und neue Preise spitzte sich im November und Dezember 2008 zu. Bis Neujahr kam keine Einigung über Gaslieferungen aus Russland in

die Ukraine zustande. Mit dieser Situation rechtfertigte die russische Seite die Verringerung der an die Ukraine gelieferten Gasmenge. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen in den folgenden Tagen endeten in einer Blockade und ab dem 6./7. Januar 2009 blieben die Gaspipelines leer. Gazprom stellte die Lieferungen ein, nachdem Ministerpräsident Wladimir Putin öffentlich Anweisung gegeben hatte, das zu tun. Eine EU-Beobachtermission, die am 11./12. Januar ihre Arbeit aufgenommen hatte, erzielte nicht den nötigen Durchbruch. Ab dem 14. Januar unternahm Russland mehrere Versuche, 99.200 m³ Gas an den Einspeisungspunkt in Sudscha zu schicken, die Ukraine verweigerte aus technischen Gründen jedoch deren Transport. Vieles deutet daraufhin, dass Gazprom damit einen Einspeisungspunkt gewählt hatte, der der ukrainischen Seite eine Weiterleitung tatsächlich unmöglich machte.

Im Verlauf des immer bizarrer anmutenden Streits wurden eine Vielzahl technischer Details in die Diskussion geworfen. Die Vehemenz des Streits, seine Dauer und die Halsstarrigkeit beider Seiten macht deutlich, dass ihm strukturelle und über die rein kommerziellen Fragen hinausgehende Probleme zugrundeliegen. Auch nachdem wieder Gas fließt, hält die internationale Fassungslosigkeit darüber an, dass beide Seiten lange Zeit wenig oder gar nichts zur Deeskalation beigetragen haben. Die zügige Einigung in der Nacht zum 18.1.2009 zwischen den beiden Ministerpräsidenten und die danach geschlossenen Verträge vom 19.1.2009 zwischen Gazprom und Naftohaz Ukrainy setzten dem Spuk ein ebenso plötzliches Ende.

Schlüsselereignisse bleiben im Dunkeln. Ob letztlich internationaler Druck und das demonstrative Fernbleiben hochrangiger Europäer beim anberaumten Gasgipfel in Moskau dazugeführt haben, unterliegt Spekulation. Ob die am 19. Januar 2009 geschlossenen Verträge Basis für eine langfristige Lösung sind, darf trotz des Fortschritts, den sie zweifellos rechtlich darstellen, bezweifelt werden. Neue Streitigkeiten scheinen vorprogrammiert, u. a. weil völlig unklar bleibt, wie die fast bankrotte Ukraine die Gaspreise bezahlen soll.

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat beide Länder getroffen und den ökonomischen Aspekt des Konflikts verschärft. Auch Gazprom ist kurzfristig klamm. Der mit großer Härte ausgetragene Machtkampf in der Ukraine zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko – insbesondere über die zukünftige Rolle des Zwischenhändlers RosUkrEnerg – stellt einen Teil seiner politischen Dimension dar. Die kurzfristige Logik, der die politische Elite auf beiden Seiten folgt, gründet

in persönlichen Interessen, Korruption und Rentseeking-Strategien. Die Involvierung von Zwischenhändlern und anderen geschäftlichen Interessen erschwerte die Austragung des Konflikts auf einer rationalen ökonomischen Ebene.

Darüber hinaus behinderte die allgemeine geopolitische Landschaft eine benevolente Konflikthegeung; für Moskau gab es keinen Anreiz, der Ukraine mit einem Gasliefervertrag entgegenzukommen. Die Ukraine hat im russisch-georgischen Krieg eindeutig gegen Russland Stellung bezogen, bemüht sich um die NATO-Mitgliedschaft und hat die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim nach 2017 offen gelassen und es gibt noch weitere Streitpunkte mit dem östlichen Nachbarn.

Der begrenzte Einfluss der EU

Die Gaslieferungen nach Europa sind im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in Geiselhaft genommen worden, wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso beklagte. Sind der EU auch politisch die Hände gebunden?

Sowohl die Ukraine als auch Russland haben mit dem Streit an Glaubwürdigkeit verloren. Denn beide Länder haben zumindest gegen den Geist aller Abkommen, die sie mit der EU geschlossen haben, verstoßen. Fatal ist, dass dieser Ansehensverlust kurz- bis mittelfristig keine Konsequenzen für die Gasströme aus Russland durch die Ukraine haben wird. Grund sind die geographischen und infrastrukturellen Realitäten auf dem Kontinent.

Russland hat am Gasimport der EU-27 einen Anteil von 42 %. Laut einer Prognose der Internationalen Energie Agentur wird der europäische Gasverbrauch um voraussichtlich ein Prozent pro Jahr steigen, da Europa aus ökologischen Gründen weiter auf Gas setzt. Europas Nachbar Russland verfügt mit einem Viertel der weltweiten Vorkommen über die größten Gasreserven der Welt. Da sich die eigenen Reserven Europas erschöpfen, wird Russland ein wichtiges Lieferland bleiben müssen. Derzeit gehen alle russischen Exporte außerhalb der GUS-Staaten nach Europa und die Gasverkäufe nach Europa sind wichtigste Einnahmequelle Gazproms.

Darüber hinaus ist die Ukraine noch immer das wichtigste Transitland. 80 % aller Exporte aus Russland und damit 20 % des europäischen Gasverbrauchs werden durch diese ehemalige Sowjetrepublik geliefert. Das Exportpipelinennetz der Ukraine verfügt über die höchsten Kapazitäten aller Gastransittrassen nach Europa.

Moskau und Kiew dürften diese Situation gründlich durchkalkuliert haben. Selbst die ökonomischen Verluste, die durch die entgangenen Gasverkäufe und die nicht stattgefundenen Transportleistungen zustande gekommen sind, sind relativ. Auch wenn laut E.On Ruhrgas Fachkreise die Kosten für Gazprom bei 1,5 bis 1,8 Mrd. Euro ansiedeln. Viele europäische Kunden haben Gas aus Vorräten verbraucht, die später (von Russland über die Ukraine) wieder aufgefüllt werden müssen, wenn auch nicht nur aus russischen Quellen und möglicherweise zu gefallen Preisen. Außerdem hat Gazprom das Transitproblem zur »force majeure« erklärt. Das Unternehmen streitet die Verantwortung für die Nichterfüllung von Verträgen ab und weist für den Fall, dass einer seiner Kunden Geldstrafen verlangen sollte, die Beweislast von sich. Bis jetzt hat noch kein europäisches Gasunternehmen ein gerichtliches Vorgehen angekündigt.

De facto ist der kurzfristige politische und wirtschaftliche Einfluss der EU sehr begrenzt. Der Handlungsbedarf aber groß: Die EU muss ein Bündel von Maßnahmen und Werkzeugen in Gang setzen, das als Ganzes eine weit reichende Energie-, Außen- und Wirtschaftspolitik begründet.

Mehr gemeinsame Energiepolitik wagen

Die Maßnahmen im engen Feld der Energiepolitik sind zentral, wirken aber nur mittel- bis langfristig, das heißt sie greifen in fünf bis fünfzehn Jahren. Ein Schlüssel für mehr Energiesicherheit ist Diversifizierung. Erstens muss der Energiemix vor allem im Hinblick auf Biogas erweitert werden. Aus ökologischen Gründen wird Erdgas natürlich eine Hauptenergiequelle bleiben. Zweitens muss der Bezug des Erdgases diversifiziert werden. Hier werden neue Lieferanten und alternative Importinfrastruktur benötigt, einschließlich Flüssigerdgasanlagen. In dieser Hinsicht ist der südliche – oder auch vierte – Korridor aus der Region des Kaspischen Meers in der Debatte prominenter geworden. Neue Infrastrukturprojekte sind notwendig. Die politische Unterstützung der Nabucco-Pipeline ist bereits gewachsen, ob sich damit die ökonomischen Hinderungsgründe aus der Welt schaffen lassen, bleibt abzuwarten. Noch ist unklar, woher die Gasmengen kommen sollen und das Haupttransitland, die Türkei, hat auch schon weitergehende Ansprüche angemeldet. Gleichzeitig könnte es sein, dass das russische Pipeline-Projekt South Stream, das nun von Gazprom als zentral für die Versorgung Südosteuropas ins Spiel gebracht wird, politisch für die Russen schwieriger durchzusetzen ist. Auch das Nord Stream Pipeline-Projekt könnte in Deutschland und

Europa nun kritischer gesehen werden, auch wenn Gazprom und die deutschen Firmen E.On Ruhrgas und Wintershall auf die Notwendigkeit mehrerer Korridore für Gas aus Russland verweisen.

Beide Infrastrukturprojekte lassen die Inkohärenz der europäischen Energiepolitik deutlich zutage treten. Obwohl beide Projekte als TEN-E-Projekte ausgewiesen sind, wird ihre Umsetzung hinausgezögert und es hagelt Fragen hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit. Viele Beobachter argumentieren, die EU solle nicht nur ihre eigenen strategischen Transportkorridore bestimmen, sondern auch die finanziellen und politischen Mittel, die sie für deren Realisierung aufwendet, erhöhen. Die Vorstellung von Brüssel als Makler von Firmenkonsortien für große Energieprojekte zu fungieren, ist breit diskutiert, aber noch nicht umgesetzt worden. Private Energieunternehmen sind und bleiben die Hauptakteure bei der Schaffung von Energiesicherheit auf Lieferantenseite und sie konkurrieren miteinander am Markt. Die Kompetenzen, die Brüssel hinsichtlich der Energiesicherheit hat, sind sehr begrenzt, da die EU bislang keine gemeinsame Energiepolitik betreibt.

Europa auf der Suche nach Solidarität

Der Second Energy Strategic Review der EU wurde im November 2008 veröffentlicht. Darin betrachtet die EU Energiesicherheit weniger durch eine geopolitische Brille und setzt deren Diskussion nicht mehr mit dem Fehlen einer allgemeinen Energieaußenpolitik gleich. Stattdessen visiert sie jetzt eine größere Solidarität unter den Mitgliedstaaten, eine Erweiterung ihres internen Gaspipelinetzes, die Schaffung neuer Vorratsmöglichkeiten und einen verbesserten Informationsaustausch an.

So könnte durch den Gaskonflikt die Nord Stream Pipeline vorwärts gebracht werden, allerdings unter dem Vorzeichen größerer Solidarität unter den Mitgliedstaaten – ein Konzept, das ursprünglich von Polen als Antwort auf die deutsch-russische Abmachung zur Pipeline durch die Ostsee vorgeschlagen worden war. Der Umfang der anwendbaren solidarischen Mechanismen ist momentan gering, vor allem, was Pipelineverbindungen in zwei Richtungen und Gasspeicherkapazitäten angeht. Dass die Spotmarktpreise für Gas in Europa im Verlauf der Krise zwischen Dezember 2008 und Januar 2009 um ein Viertel gestiegen und nach der Krise ebenso wieder gefallen sind, spiegelt zweierlei wieder: man hat sich zwar auf den Spotmärkten versorgt, aber eigentlich hätten die Preise noch stärker anziehen müssen, angesichts des kompletten Lieferstopps auf der Hauptroute. Dieses war nicht der Fall, weil einfach die

Interkonnektoren fehlten, um die Länder ausreichend zu versorgen.

Bis auf einen besser koordinierten Informationsaustausch brauchen alle der anvisierten Maßnahmen Zeit. Der Maßnahmenkatalog, den die EU zu erfüllen hat, ist ohnehin schon groß und kostspielig. Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiepolitik drängt jedoch stärker als je zuvor. Europa hat sich besonders auf die Nachfrageseite konzentriert, auf die Einsparung und Effizienz von Energie und eine Diversifizierung des Energiemixes und setzt dabei stark auf erneuerbare Energien. Die Europäische Union ist in der Tat weltweit führend mit ihrer 20+20+20-Formel, die fordert, den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber dem Niveau von 1990 um 20 % zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 % zu erhöhen und bis 2020 eine Einsparung bei der Nachfrage nach Energie um 20 % zu erreichen. Die Umsetzung dieses Plans wird einen entscheidenden Beitrag zu einer höheren Energiesicherheit in der Zukunft leisten.

Die EU muss die oben genannten Maßnahmen jetzt als klare Konsequenz aus dem Gasstreit umsetzen. Das ist nicht nur für die Situation auf dem EU-Binnenmarkt wichtig, sondern ist auch ein zentrales Signal an Russland und die Ukraine: Das rücksichtslose Verhalten hat Folgen. Ein »Weiter so« in der EU würde abermals auf falsche Interpretation im Osten stoßen. Jetzt muss die EU klare Signale setzen, sonst ist eine Verhaltensänderung kaum zu erwarten.

Die EU und die bilateralen Beziehungen zu Russland und der Ukraine

Die beiden russisch-ukrainischen Erdgasverträge, der Liefervertrag mit Mengenangaben und Preisformeln, und der Transitvertrag mit Transitformel, die die schwankenden Preise für technisches Gas kalkuliert und Ein- und Austrittspunkte und Mengen genau bestimmt, sind ein erster wichtiger Schritt. Weitere Streitigkeiten scheinen aber vorprogrammiert, spätestens wenn sich die ukrainischen Schulden wieder anhäufen. Langfristige Verträge im Gassektor gehören zu den bestgehütetsten Geheimnissen der Branche. Dass nun beide Verträge an eine Zeitung gelangt und ins Netz gestellt wurden, ist eine weitere Ungeheuerlichkeit im Gefolge des bilateralen Streits und wohl nur mit den andauernden innenpolitischen Streitigkeiten in der Ukraine zu erklären.

Hier liegt ein zentrales Problem: Das Rechtsprinzip des *pacta sunt servanda* spielt keine Rolle in der Rechts- und Vertragskultur der beiden Ländern. Schon mehr-

fach sind geltende Gasverträge wegen Geschäftsstreitigkeiten in Frage gestellt und außer Kraft gesetzt worden. Die jetzigen Verträge müssen zum wirklichen Testfall gemacht werden, ob Russland und die Ukraine sich rechtlich und auch international binden lassen. Dazu muss der Streitschlichtungsmechanismus klarer ausgeführt und durchdekliniert werden. Um die internationale Verbindlichkeit zu unterstreichen, sollte die EU darauf drängen, dass beide Parteien sich dem Streitschlichtungsmechanismus des Energiecharta-Vertrags unterwerfen.

Russland und die Ukraine müssen ihren Erdgashandel transparent, dauerhaft und auf der Grundlage von Verträgen regeln. Der Gasstreit dieses Jahres stellte für das trilaterale Verhältnis eine echte Zäsur dar und damit sollte nicht einfach zur Normalität übergegangen werden.

Wie wichtig in beiden Ländern energiepolitische Reformen sind, legt dieser Streit ebenso offen, wie die Notwendigkeit für ordnungspolitische Initiativen in der weiteren Region des Kaspischen Meeres, des Schwarzen Meeres und der Ostsee. Insbesondere Transitfragen bedürfen einer klaren Regelung. In diesem Zusammenhang muss das Transitprotokoll des Energiecharta-Vertrags auf den Weg gebracht werden.

Die erbitterten Kämpfe rund um den Erdgasstreit machen deutlich, dass in beiden Ländern strukturelle Reformen im Energiesektor notwendig sind. Ein dringender Sanierungsbedarf besteht im ukrainischen Transportsystem und der zugehörigen Anlagen, die durchschnittlich älter als 30 Jahre sind. Völlig offen ist, woher die Mittel kommen sollen. Der staatliche Konzern Naftohaz Ukrainy wurde seit Ende der Sowjetunion schon mehrfach durch Staatshilfen vor dem Bankrott bewahrt. Hier machen sich die fehlenden energiepolitischen Reformen bemerkbar.

Der Anteil von Gas am Energiemix ist in der Ukraine mit circa 45 % sehr hoch. 30 Mrd. m³ werden zur Wärme- und Stromerzeugung verbraucht. Die Industrie verbraucht etwa 35 %. Das ist umweltpolitisch sinnvoll, ökonomisch aber sehr teuer. Der ungewöhnlich hohe Anteil von Gas am Inlandsverbrauch (zum Vergleich: in Deutschland beträgt er 23 %) ist Teil des sowjetischen Erbes. Trotz chronischer Streitigkeiten und Engpässe wurden aber in den letzten 17 Jahren, die seit Auflösung der Sowjetunion vergangen sind, kaum Reformen unternommen.

Während die Großabnehmer zumindest auf dem Papier die höchsten Gaspreise zahlen, sind die Preise für die Bevölkerung und die kommunalen Versorger staatlich reguliert. Naftohaz beliefert die Bevölkerung

zu etwa einem Zehntel des europäischen Durchschnittspreises und beliefert die Fernwärmeversorger zu Vorzugspreisen. Das Fernwärmeaufkommen wird fast komplett mit Gas erzeugt. Das lukrativere Geschäft mit den Großkunden aus der Schwerindustrie, die auf dem Papier weit höhere Preise zahlen, ist an andere Unternehmen wie RosUkrEnergio und deren Tochter UkrHazEnergio abgegeben worden.

So sind die bereits beschriebenen persönlichen Bereicherungsstrategien und innenpolitischen Machtkämpfe um wirtschaftliche und politische Ressourcen miteinander verknüpft. Der Energiesektor ist deswegen innenpolitisch so hart umkämpft, weil sich mit dem Gashandel viel Geld verdienen lässt und gleichzeitig mit dem Zugriff auf subventionierte Gasflüsse auch Gewinne und Verluste in anderen Branchen beeinflussen lassen.

Bisher wurden Reformen im Bereich der Energieeffizienz auf die lange Bank geschoben. Hier gibt es aber enormes Potenzial. Die EU ist in diesem Zusammenhang der Partner Nummer Eins, da sie neben dem großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang auch auf Ordnungspolitik abheben muss. Ein stärkeres europäisches Engagement aber hängt von mehr Rechtssicherheit ab. Das gilt auch für die Bildung eines jetzt wieder diskutierten internationalen Konsortiums, um den Sanierungsbedarf auf den Transitrassen zu finanzieren.

Ordnungspolitische Dringlichkeiten

Die Werkzeuge der EU für einen schnellen Erfolg sind klar begrenzt und in erster Linie ordnungspolitischer Natur. In der Zeit, die der beispiellosen und unerhörten Situation nun nachfolgt, muss die EU Russland und der Ukraine deutlich kommunizieren, dass der Gasstopp sämtliche unterzeichneten bilateralen Dokumente, die internationale Praxis und den Energiecharter-Vertrag verletzt und die Glaubwürdigkeit beider Länder zerstört hat. Es sollte eine umfassende Diskussion von Regeln, Vorschriften und international bindenden Gesetzen stattfinden. Der komplette Stopp der Gaslieferungen verletzt Artikel 7 (über den Transit) des Energiecharter-Vertrags. Die Ukraine hat diesen Vertrag ratifiziert, Russland hat ihn unterzeichnet und angewendet, ohne ihn ratifiziert zu haben. Transitfragen bilden den Kern einer langfristigen Lösung der europäischen Energiebelange. Die EU forciert im Energiedialog mit Russland zu Recht die Verhandlungen über das Transitprotokoll und die Verhandlungen zwischen der EU und Russland über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Gleichzeitig muss verhindert werden, dass Energiefragen sehr stark fragmentiert gesteuert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die gasproduzierenden Länder eine stärkere Abstimmung ihrer Politik suchen, die Konsumenten auf Seiten der EU erwägen die Bildung von Gaseinkaufskonsortien. Auch im Transitraum des Kaspischen und des Schwarzen Meeres bis hinauf ins Baltikum mehren sich Tagungen, Konferenzen und Initiativen, um die eigenen Interessen gegenüber Produzenten und Konsumenten in Stellung zu bringen. Langfristig kann das kostenintensiv werden. Was eigentlich Not tut, sind gemeinsame Regeln und Normen in dem Raum der durch Gasbeziehungen bereits vorkonstruiert ist.

Die EU hat deswegen die Idee einer paneuropäischen Energiegemeinschaft vorangetrieben. Die grundlegenden Elemente einer solchen Gemeinschaft sind die Übernahme der für den Energiesektor relevanten Teile des Acquis Communautaire und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes auszuweiten und so verbindliche Rechtsnormen zu schaffen. Wichtiges Kooperationsfeld ist auch die Energieeffizienz. Perspektivisch kann die Energiegemeinschaft im Rahmen der Schwarzmeer Synergie und der Baku Initiative sowie der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgedehnt werden.

Im Energiebereich ist Russland, was Fragen der politischen Ordnung, den Verlauf von Pipelines und das Ziel der Diversifizierung angeht, der entscheidendste Gegenspieler der EU. Die EU und Russland verfolgen in zentralen politischen Fragen unterschiedliche Strategien. Die EU und Russland verhandeln derzeit ein neues Partnerschafts- und Rahmenabkommen. Der Energiedialog zwischen der EU und Russland sieht noch andere bilaterale Mechanismen zur Verhandlung von Energiefragen vor. Diese Kanäle müssen jetzt genutzt werden, um strukturelle Fragen zu behandeln.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine finden zum Großteil im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und deren Aktionsplan von 2004 statt. Die ENP und mit ihr zusammenhängende Aktivitäten (zum Beispiel die Schwarzmeer-Synergie) bemühen sich um eine Ausweitung der am 1. Juli 2006 ins Leben gerufenen Energiegemeinschaft, zu der EU-Mitgliedstaaten und auch südosteuropäische Staaten gehören bis hin zu Moldawien und der Ukraine.

Letzten Endes bleibt die banale Erkenntnis, dass die sicherste, billigste und klimafreundlichste Energiequelle die ist, die nicht verbraucht wird. Die geschätzten Energieeinsparungen, die in den EU-Ländern zukünftig gewonnen werden können, sind größer als die Gasex-

porte aus Russland nach Europa, möglicherweise sogar doppelt so groß. Energieeffizienz liegt in aller Interesse und sollte eine wichtige Grundlage der Kooperation bilden. Die EU muss auf beide Länder Druck hinsicht-

lich einer Steigerung der Effizienz ausüben. Die nötigen Investitionen werden jetzt kostspielig sein, sich in Zukunft aber erheblich auszahlen.

Über die Autorin:

Kirsten Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Stiftung Wissenschaft und Politik) in Berlin.

Lesetipps:

- Oliver Geden, Mehr Pragmatismus, weniger Geopolitik, Effiziente Ansätze für die Energieversorgungssicherheit der EU, SWP-Aktuell 2008/A 83, November 2008, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5505
- Jonas Grätz / Kirsten Westphal: Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand, SWP-Aktuell 2009/A 03, Januar 2009, 4 Seiten
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5695
- Margarita M. Balmaceda, Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union, Russia's power, oligarchs' profits and Ukraine's missing energy policy 1995–2006, BASEES/ Routledge Series on Russia and East European Studies, 2008.
- Kirsten Westphal, »Liberalised, Monopolised, Fixated, Antinomies of the European Energy Market« in: The Europe beyond Europe. Outer Borders, Inner Limits. Manfred Sapper, Volker Weichsel, Andrea Huterer (Hg.) (english-Reprint 2007).